

VEREINS-ANZEIGER

Organ der Vereinigung der Maler, Lackirer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder
sowie der freien eingeschr. Hülfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Redaktion und Expedition: Hamburg 22, Schmalenbeckerstrasse 17, Telephon Amt III, 3622.

Gefährliche Utopistereien.

Streik und Boykott sind zwei scharfe, wichtige Waffen im Kampfe des Proletariats gegen das Unternehmertum. In beiden Fällen wird der Versuch gemacht, den Ausbeutern etwas vorzuenthalten, worauf sie zum Zwecke ihrer Selbsterhaltung angewiesen sind. Bei der Produktion, der Gütererzeugung ist das Kapital auf die Arbeitskraft angewiesen — durch einen Streik wird ihm diese planmäßig vorenthalten! — und bei dem Absatz der Güter bedarf es der Kundenschaft der Arbeiter, die ihm bei einem Boykott systematisch entzogen wird. Das Proletariat als Verkäufer seiner Arbeitskraft und als Käufer der Massenartikel ist also unter Umständen in der Lage, das Ausbeutertum in die größte Verlegenheit zu bringen, resp. es aufs Trockene zu setzen. Allerdings nur unter gewissen günstigen Umständen, denn in den weitaus meisten Fällen sind die Unternehmer infolge ihrer wirtschaftlichen Uebermacht wohl im Stande, den Schlag, den die Arbeiter führen, zu parieren oder gar zu erwidern. Aus diesem Grunde ist es eine Maßregel der Vorsicht, das Mittel des Streiks und des Boykotts nur dann anzuwenden, wenn Aussicht vorhanden ist, damit einen Erfolg zu erzielen. Nicht mit Unrecht hat man den Streik — und auch den Boykott — ein zweischneidiges Schwert genannt, das den, der es leichtsinnig führt, oftmals schwer verwunden kann.

Zu diesen einleitenden Ausführungen werden wir veranlaßt durch einige Vorkommnisse der letzten Zeit, die auf Mängel und Lücken in der Gewerkschaftsbewegung schließen lassen. Zuerst wollen wir in dieser Beziehung den Generalstreik der deutschen Glasmacher erwähnen, der ein so jämmerliches Fiasko gemacht und so viel Elend über die Beteiligten gebracht hat. Es liegt uns fern, den Besiegten noch nachträglich eine Moralpredigt halten zu wollen, aber das können wir wohl behaupten, das noch selten ein Streik unter so ungünstigen Voraussetzungen und mit so wenig Aussicht auf Erfolg in Szene gesetzt worden ist, wie gerade dieser. Mit leerer Kriegskasse ein kapitalträchtiges Unternehmertum besiegen zu wollen, ist eine Utopisterei sonder Gleichen. Aber nicht nur war es verhängnisvoll, den Generalstreik zur Unzeit zu beginnen, noch verkehrter war es vom Standpunkte einer vernünftigen Taktik aus, den Streik nicht zur rechten Zeit beizulegen. Trotz wohlmeinender, libelaußenommener Warnungen konnte man es an maßgebender Stelle nicht übers Herz bringen, mit einem längst aussichtslos gewordenen Streik ein schnelles Ende zu machen. Wir wissen recht wohl, wie schmerzlich und bitter es ist, nach einem heißen Kampfe, der so viel Opfer und Entbehrungen gekostet hat, vor dem rachsüchtigen Unternehmertum die Waffen strecken zu müssen, aber auch dieses schwerste Opfer muß gebracht werden, wenn es die Nothwendigkeit erfordert. Besser eine augenblickliche Schlappe hinnehmen und im Stillen zu einem neuen Kampfe rüsten, als bis zum Weißbluten und zur völligen Vernichtung der Organisation weiter kämpfen. Ein Streik ist kein Rindenspiel, sondern ein Unternehmen, das tatsächliche Ueberlegung und scharfe Beobachtung der tatsächlichen Verhältnisse erfordert; einen Streik im richtigen Augenblicke zu beginnen und im rechten Augenblicke zu beendigen, das ist die Aufgabe der Gewerkschaftsführer; Pflicht der Mitglieder ist es, sich bei Einsicht der leitenden Personen, die nach Lage der Sache einen weiteren und ungetrübteren Blick haben, unterzuordnen. Gerade während eines Streiks, wenn sich eine Gewerkschaft im Kriegszustande befindet, ist Disziplin die Hauptsache.

Ein anderer Vorgang, der zu denken giebt, ist der beachtliche Generalstreik der französischen Bergarbeiter. Er hält ganz Frankreich in Athem und hat die Erringung des Achtstundentages zum Zwecke. Daß wir mit dem Bestreben, den achtstündigen Arbeitstag im Bergbau gesetzlich einzuführen, einverstanden sind, braucht wohl nicht erst erwähnt zu werden. Anders ist es, wenn wir die Frage beantworten sollen, ob wir die Idee eines Generalstreiks für ausführbar halten. Diese Frage müssen wir verneinen. Wir halten weder die Organisation der Bergarbeiter für stark genug, noch ihre

Mittel für ausreichend, noch den Zeitpunkt für günstig gewählt, um ein solch gewagtes Experiment, wie es ein Generalstreik nun einmal ist, ausführen zu können. Die in einer Konferenz in Dober versammelten Vertreter der ausländischen Bergarbeiter standen dem Plane ablehnend gegenüber. Die belgischen Vertreter erklärten, daß sich das Komitee des belgischen Bergarbeiter-Verbandes nicht an der Bewegung der französischen Bergarbeiter beteiligen wolle. Die deutschen und österreichischen Vertreter wiesen darauf hin, daß ein allgemeiner Ausstand sowohl für die deutschen und österreichischen, wie für die französischen Bergarbeiter ein großes Unglück sein würde. Die englischen Vertreter sprachen sich dahin aus, daß sie nicht glauben, die Förderung in genügender Weise einschränken zu können, um die Einfuhr von Kohlen nach Frankreich zu verhindern. Auch die meisten Führer der französischen Bergarbeiter haben in dem Generalstreik ein Haar gefunden, doch gewinnt es den Anschein, als ob sie die Zügel aus den Händen verloren hätten; denn an verschiedenen Stellen sind die Massen, trotz Abmahnung ihrer Führer in den Streik bereits eingetreten. Offenbar ist die Idee des Generalstreiks aus einer Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse hervorgegangen und hat als Grundursache den Mangel an einer starken Organisation, die ihre Aufgabe in einer stufenweisen Hebung ihrer Mitglieder erblickt. Es ist unbedingt eine Utopisterei, durch ein sprunghaftes, nicht mit dem gegenseitigen Stärkeverhältnis zwischen Unternehmertum und Arbeiterklasse rechnendes Vorgehen dauernde Erfolge erzielen zu wollen. Unter sehr günstigen Umständen kann ein derartiges Vorgehen Erfolg haben, in den allermeisten Fällen aber wird es zum Schaden der Arbeiter und ihrer Organisation ausschlagen.

Endlich drängen wir uns noch mit einem Projekte beschäftigen, das dem guten Herzen seiner Väter alle Ehre macht, das aber zugleich auf ihre Umsicht und Ueberlegung ein sehr bedenkliches Licht wirft. Es ist dies der in Holland ausgeheckte Plan, zu Gunsten der Buren den englischen Seehandel dadurch lahmzulegen, daß sämtliche Hafnarbeiter und Seeleute in außerenglischen Häfen sich weigern, die englischen Schiffe zu beladen oder zu entladen oder überhaupt zu bedienen. Daß dies eine Utopisterei großen Stiles ist, die unzweifelhaft mit einem kolossalen Meinfalle enden würde, muß jedem einleuchten, der die Sache mit kaltem Blute betrachtet. (Schluß folgt.)

Ein weißer Habe.

Es gehört zu den großen Seltenheiten, aus Unternehmertreffen selbst einmal zu hören, daß der gegenwärtig gezahlte Lohn nicht genügt zu einem menschenwürdigen Lebensunterhalt. Unsere Kollegen wissen wohl, daß gerade die Unternehmer im Baugewerbe es sind, welche sich am hartnäckigsten gegen jede materielle Besserstellung der Arbeitnehmer sträuben; desto erfreulicher wird es für sie sein, zu vernehmen, daß eine solche Stimme sogar vom Vorstand des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe in Dresden, einem Herrn E. Noack, kommt. Aus den Ausführungen dieses Herrn können wir ersehen, daß man ganz genau in jenen Kreisen die wirtschaftliche Lage der Arbeiter kennt und zu einem ganz anderen Resultat kommt, als wenn man, wie es immer geschieht, den scharfmacherischen Tendenzen einer bestimmten Clique Gehör schenkt. Nach der „Soz. Praxis“ vom 14. November verhält sich die Sache folgendermaßen: In der „Dresdener Bürger-Zeitung“ beklagt ein Hausbesitzer, daß die Arbeitslöhne für die Bauhandwerker immer noch 60—65 % betragen. Daran knüpft die Redaktion dieses Hausbesitzerorgans die Bemerkung, daß ein Lohn von 36—38 % pro Stunde noch ganz annehmbar sei und jedenfalls mehr Arbeit herbeiführen würde, wenn die Löhne auf den gewünschten Tiefstand gebracht würden. Dem Hausbesitzer giebt nun Herr Noack anheim, sich nur einmal Doffere einzuholen, da würde er ganz gewiß genügend Angebote von 52—55 % die Stunde erhalten, inkl. aller Meister- und Versicherungsgebühren, ebenso wird der abgeschmackten redaktionellen Bemerkung in sehr treffender Weise geantwortet: Nach einem mit 80 % abgegebenen Stimmen gefaßten Beschluß des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe in Dresden betrage der Arbeitslohn für Maurer und Zimmerer 43—45 % und für Bauarbeiter 30—33 % pro Stb. Jedes Verbandsmitglied sei verpflichtet, diese Löhne zu zahlen! Maßgebend für diesen Beschluß gelte folgender Grundsatz: Man soll den Arbeitslohn in Zeiten niedriger Geschäftstätigkeit nur dann reduzieren, wenn er in Zeiten

hochgehender Geschäftstätigkeit unverhältnismäßig gesteigert worden ist, damit der Arbeitsmann, der durch die vermehrte Arbeitsgelegenheit schon einmal geschlagen wird, nicht doppelte Schädigungen erfährt.“

Nun würde man sich fragen müssen, ob der Lohn für die Dresdener Bauarbeiter unverhältnismäßig hoch getrieben worden sei, und das müsse verneint werden. Es wird dies an einer Lohnabelle der letzten zehn Jahre bewiesen, wonach der Lohn um 20 % gestiegen sein soll. 1891 betrug der durchschnittliche Jahresverdienst bei voller Beschäftigung für Maurer und Zimmerer je 1000 M., für Bauarbeiter 750 M.; 1900 für Maurer und Zimmerer 1250 und für Bauarbeiter 950 M.

Ferner müßte berücksichtigt werden, daß in den meisten Fällen die Bauarbeiter nicht das ganze Jahr hindurch voll beschäftigt werden können, so daß der Verdienst noch durchschnittlich um 15 % vermindert werde und demnach bei den Maurern und Zimmerern 1060, bei den Bauarbeitern 850 M. betrage. Zieht man von dieser Summe nun 250 M. für Miete ab, so ergibt sich für erstere eine Reineinnahme von 810 M., für letztere 600 M. Auf den Tag berechnet ergibt dies für Kleidung, Kost usw. für die ganze Familie beim Maurer und Zimmerer 2.21 M., beim Arbeiter 1.64 M. Wer diese ganzen Zahlen unbefangen prüft, der muß sagen: „Der den Bauarbeitern jetzt gezahlte Lohn ist keinesfalls zu hoch!“ Wenn die Frau nicht mit verdienen hilft — und das geschieht, wenn es geschieht, meist auf Kosten des Familienwohlseins und auf Kosten der Kindererziehung — dann wird es eben manchmal sehr schwer reichen.

Würde also der Vorschlag des Hausbesitzerorgans angenommen, schreibt Herr Noack weiter, den Lohn der Maurer und Zimmerer auf 36—38 % zu reduzieren, so dürfte zum Nutzen des Gemeinwohls und speziell zum Nutzen der von der „Bürger-Zeitung“ vertretenen Hausbesitzer der Vorschlag jedenfalls nicht ausfallen. Der Grundbesitz würde sehr bald im Werthe verlieren!

Herr Noack zitiert hier als Gewährsmann den Vorstehenden des Dresdener Hausbesitzervereins, den Herrn Baumeister Gartinig, der gelegentlich eines Tischlerstreiks sagte: „Der Tischlerstreik unterstütze ich; wenn die Löhne steigen, steigt auch der Werth des Grundbesitzes!“

Weiter beachtenswert ist seine Ansicht über die Wirkung, welche die Löhne auf die Bauhätigkeit ausüben. Bis her hat man, die Bauunternehmer voran, die Steigerung in der Bauhätigkeit auf die erhöhten Löhne zurückgeführt. Der Verfasser bezeichnet diese Annahme als eine irrige. Nach seinen Ermittlungen betragen die für Maurer, Zimmerer und Bauhandwerker aufgewendeten Löhne im Verhältnis zu den Gesamtbaukosten (Grund und Boden ist hierbei außer Acht gelassen) je nach Art des Bauobjektes 15 bis 25 %, durchschnittlich also circa 20 %. Die Lohnerhöhungen betragen im letzten Jahrzehnt zusammen 20 %, wie Anfangs dieser Erzählungen dargelegt. Mit ihm beträgt die Lohnsteigerung im letzten Jahrzehnt in Bezug auf die Gesamtbaukosten (Grund und Boden außer Betracht gelassen) nur 4 %. Dies ist gewiß so minimal, daß die Lohnsteigerung gegenüber den Wertherhöhungen anderer Faktoren, die die Kosten eines Baues und eines Grundstückes bestimmen, vor Allem gegenüber den Wertherhöhungen durch das kolossale Steigen des Bodenwertes gar nicht in Betracht kommen kann.

Besonders die letzten Ausführungen halten wir für äußerst werthvoll, in denen man vergeblich den sonst üblichen Unternehmerrandpunkt suchen wird. Es heißt da:

„Was endlich die in dem hiermit widerlegten Artikel erhobenen Klagen über Faulheit, Unbotmäßigkeit und andere Untugenden der bei Bauten beschäftigten Arbeiter betrifft, so ist das mindestens sehr stark übertrieben. Wenn hier und da Uebergriffe einzelner Leute vorgekommen sind und sich Dinge abgespielt haben, die nicht vorkommen sollten, so liegt die Ursache hierzu oft zum Theil auf Seiten des Arbeitgebers, anderentheils sind es Annahmen, derenhalten man die gesammte Arbeiterschaft des Baugewerbes nicht verantwortlich machen kann. In Dresden haben wir eine Arbeiterschaft, die im Durchschnitt, bei richtiger Leitung und Behandlung, den mit Recht zu stellenden Anforderungen völlig Rechnung trägt. Darum muß es hier heißen: „Ein jeglicher Arbeiter ist seines Lohnes werth!“ Daß aber dieser Lohn so sein muß, daß er bei angestrengter Thätigkeit des im Lohn Arbeitenden dessen gerechte Bedürfnisse deckt, ist wohl selbstverständlich. Daß der Lohn, den die Arbeiter des Baugewerbes in Dresden beziehen, zur Vertheilung übertriebener Bedürfnisse auch in den besseren Fällen nichts übrig läßt, wird durch obige Darlegungen wohl bewiesen sein, daher ist auch der Lohn, den die Bauarbeiter in Dresden erhalten, kein ungerechter, sondern ein „gerechter Lohn“.

Gätte Herr Noack den letzten Nachsatz weggelassen, wir würden seine trefflichen, vernünftigen Ausführungen anstandslos billigen, aber 2.21 M. bzw. 1.64 M. als Lohn für einen Bauarbeiter können wir keinen „gerechten“ nennen, da wir stets die Forderung wiederholen: Wir verlangen einen anständigen Lohn für unsere anständige Leistung. Aber immerhin werden uns diese Ausführungen eines Bauarbeiters für die Mitatton von Nutzen sein.

Aus unserem Verufe.

Die gegenwärtige Zeit ist zwar für unseren Beruf keine günstige zur Ausbreitung der Vereinigung, dennoch wird bei geschickter, reger Agitation die Mühe nicht vergebens sein. So wurden in letzter Zeit in Pötha b. Soubershausen, Neustadt a. d. Orla und Neudorf b. Strassburg Zahlstellen errichtet. Hoffentlich können wir bald wieder weitere melden.

In Quersfurt gingen beim Krankenhausneubau für Maler- und Anstreicherarbeiten folgende Submissionsresultate ein: Seliger-Halle a. S. 1950,87 M.; Hummel-Quersfurt 1343,88 M.; Lehmann-Quersfurt 1286,18 M.; Wölffert u. Heiß-Wischersleben 1209,05 M.; Kropf-Leipzig 1146,14 M.; Schleier-Quersfurt 1108,78 M.; Straubel und Braune-Quersfurt 936,71 M.

In einem Kafement zu Köln-Niehl waren 1858 Quadratmeter Leinwandanstreich und 10 655 Quadratmeter Kalkfarbenaustreich fertigzustellen. An der Submission beteiligten sich 17 Arbeiter. P. Dellgrün-Stöin hatte mit 3627,42 M. das Höchstgebot, während M. Gassen-Stöin glaubte, die Arbeit für 718,67 M. herstellen zu können, also noch nicht einmal 6 S. durchschnittlich pro Quadratmeter. Unter 1000 M. hatten noch M. Maassen-Stöin: 913,21 M. und Lambert-Stöin 988,09 M. Nur immer so weiter!

Wie man uns aus Werden schreibt, hat die junge Zahlstelle gute Fortschritte gemacht. Es muß aber immerhin noch tüchtig gearbeitet werden, um auch die noch fernstehenden Kollegen zu gewinnen, wie aus folgendem hervorgeht: Eine Stunde von Werden wird eine Lungenheilanstalt errichtet. Die äußere Anstreicharbeit hat bei der Submission die Firma Eggemann erhalten und wird z. Bt. bei gehöriger Schusterhergeheilt, unter Aufsichtführung der nötigen Schutzvorrichtungen bei den Gerüsten. Infolgedessen stürzte auch ein Kollege herab; glücklicherweise ohne sich ernstlich zu verletzen, da er auf einen Sandhaufen fiel. Nun wurden von unserer Kollegen entsprechende Schritte eingeleitet und der betreffende Arbeitgeber wegen der leichtsinnigen Gerüstbauerei zur Rede gestellt. Darauf wurde ein organisierter Kollege beauftragt, namentlich speziell das Gerüstbauen zu besorgen. Hoffentlich wird überall von unseren Berufskollegen, besonders den Schülern und Weißbindern, die viel mit Gerüstbauen beschäftigt sind, der Frage des Bauarbeiterschutzes die nötige Beachtung entgegengebracht.

In Nr. 43 gaben wir bekannt, daß der Kassierer Zögler der Filiale Weisau spurlos verschwunden sei. Wie uns von da berichtet, ist der faulere Bozal wieder zurückgekehrt und stellte sich der Polizei. Angeblich soll er sich in der Schweiz herumgetrieben haben. Bei dieser Gelegenheit möchten wir nochmals auf die in der gleichen Nummer erlassene Bekanntmachung des Vorstandes aufmerksam machen.

Die Handwerkskammer in Wiesbaden gibt eine Verordnung über die Höchstzahl der Lehrlinge bekannt. Darnach beträgt die zulässige Zahl von Lehrlingen bei Tüchern, Weißbindern und Ladirern: Für den Meister ohne Gesellen 1, einem weiteren Lehrling bei einer regulären Gesellenzahl von 3, höchstens aber 6. Bei Dekorationsmalern und Anstreichern: Für den Meister ohne Gesellen 1, einem weiteren Lehrling bei einer regelmäßigen Gesellenzahl von 2, höchstens aber 4.

In Frankfurt a. M. hat die „Freie Vereinigung der Maler, Weißbinder- und Ladirermeister“ an ihre Mitglieder und Berufsgenossen Fragebogen versandt, die über die Zahl der gegenwärtig beschäftigten Arbeiter Auskunft geben sollen. Auf die zur Wertbestimmung genommenen 186 Fragebogen gelangten 76 Antworten zurück, darunter von sämtlichen hiesigen größeren Geschäften. Alle beantworteten die Frage, ob voraussichtlich im Laufe des Winters Gehülfe entlassen würden, mit Ja. Am 1. Oktober d. J. beschäftigten die Arbeitgeber 1097 Gehülfe, am 16. November noch 738. Am 17. November 1900 belief sich die Zahl der beschäftigten Gehülfe auf 911, am 18. November 1899 auf 762. Die Zahl von 1901 und 1899 sind also ziemlich dieselben. Die Geschäfte, die keine Antwort gaben, sind kleinere, die 1—2 Arbeiter beschäftigen; bei ihnen kommen etwa 150 Arbeiter in Betracht.

Statistik der Lübecker organisierten Malergehilfen. Das Lübecker Gewerkschaftsstatistik hat beschlossen, Erhebungen behufs Feststellung der Arbeitslosen zu veranstalten. Als Tag, an welchem diese Umfrage stattfinden sollte, wurde der 15. November 1901 festgesetzt. Der Wortlaut des Fragebogens lautet:

1. Name; 2. Wohnung; 3. Beruf; 4. Name der Gewerkschaft; 5. Stehen Sie am Freitag den 15. 11. 1901 in Arbeit; 6. Arbeiten Sie am Freitag den 15. 11. mit welcher Arbeitszeit und wie lange schon? 7. Waren Sie im Jahre 1901 arbeitslos und wie lange? 8. Zuletzt beschäftigt bei?

Von 100 unter unseren Kollegen ausgegebenen Fragebogen wurden 82 beantwortet. Davon waren arbeitslos 28. Bei hiesigen Meistern waren beschäftigt 35. Bei Bauunternehmern arbeiten 4. Auf der Schiffswerft 8. In anderen Berufen tätig 6. Die Zahl der arbeitslosen Tage betrug im Summa (vom 1. Januar bis 15. November 1901) 3079 Tage. Die Frage 7 hatten nicht ausgefüllt 3 Kollegen. Keine Feiertage zu verzeichnen hatten 14 Kollegen. Im Durchschnitt feierte jeder von den 65 Kollegen 47 1/2 Tage. Die Arbeitszeit betrug am genannten Tage laut Tarif 7 1/2 Std. Sämtliche befragten Kollegen gehören unserer Vereinigung an.

Aus Vorhergegangenen, schreibt man uns hierzu, darf man aber nicht schließen, daß unsere Lage hierorts noch eine ziemlich günstige sei, denn erst in letzter Zeit ist es einigen Kollegen wieder geüht, auf 8 oder 14 Tage Arbeit zu erhalten.

Kolberg. (Situationsbericht.) Wenn unsere Kollegen den „W.“ zur Hand nehmen, so finden sie recht selten Berichte aus dem schönen „Ruttkamerun“; damit ist natürlich nicht gesagt, daß die hiesigen Kollegen bei ihren Bekleidungs- und Härtungen sich so wohl fühlen. Schon im Sommer hatten wir in unserem Badeflächen unter großem Arbeitsmangel zu leiden, diemell die Schloßunter und notleidenden Agrarier an den Beständen der See sich von ihrem mühevollen Erwerbserholten. Ebenso traurig sieht es jetzt aus, nachdem der Winter seinen Einzug gehalten. Man sagt zwar, daß in den Zeiten der Noth die arbeitende Klasse sich fester und inniger zusammenschmiege, jedoch haben wir noch nichts von derartigen Kollegen gemerkt, welche nach der letzten glücklich beendeten Lohnbewegung aus unseren Reihen getreten sind. An uns soll es nicht fehlen, darnach zu streben, alle antwortenden Kollegen wieder unter das schützende Dach der Organisation zusammenzutommen, haben doch alle unter dem gleichen Noth zu leiden und sehnt sich jeder nach einer besseren, gesicherten Lebenslage. Im Allgemeinen ist der Mitgliederstand noch ein guter und wir hoffen, denselben auch den Winter über zu erhalten. Da in den Wintermonaten interessante Vorlesungen und beschneide

Vorträge in unseren Versammlungen abgehalten werden, ersuchen wir dringend jedes Mitglied, in den Versammlungen zu erscheinen.

Bosen. Nachdem die im April d. J. errichtete Zahlstelle die erforderliche Mitgliederzahl erreicht hatte, wurde sie in eine Filiale verwandelt und vom Vorstand bestätigt. So wohl durch einen agitatorisch wirksamen Vortrag, als auch durch ein recht geeignetes Flugblatt traten weitere 15 Kollegen zu uns über. Auch die hiesigen Kollegen können sich nicht für die Dauer der Ueberzeugung verschließen, daß zwecks Verbesserung unserer Lebenslage die Organisation eine Nothwendigkeit sei. Die Mitgliederzahl ist auf 68 gestiegen, wovon eine ganze Anzahl schon von Arbeitslosigkeit betroffen ist. Leider besteht hier ein sogenannter Lutasverein, der aber von vornherein schon seinen Zweck verfehlt hat, denn zur Besserstellung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse oder zur Aufklärung und Erziehung der hiesigen Kollegenchaft wird man von diesem Verein nichts erwarten können. Und wie dringend nötig wäre hier das feste Zusammenhalten der Arbeiter gegen die von allen Seiten auf die Arbeiterchaft gerichteten Unterdrückungsmaßregeln? Ist es nicht unerhört, daß uns und den übrigen Gewerkschaften von dem Spießbürgertum und sonstigen Ordnungspfeilern die Versammlungstotale entzogen werden? Es ist unglücklich, was sich hier die Arbeiter alles bieten lassen müssen. Ueber die „Arbeiterbewegung“ herrschen in genannten Kreisen die kuriosesten Vorstellungen; das Wort „organisieren“ bringt schon die ganze Gesellschaft in Aufregung, vielmehr erst, wenn von „Forderungen stellen“ gesprochen wird. Dafür aber kann man den hier waltenden Geist aus den stets zu hörenden Worten: Warte und Arbeite! richtig erkennen. Nun kann man ja bekanntlich so fleißig beten und arbeiten, daß man „schwarz“ wird, aber um kein Jota wird es um unser materielles Wohl besser werden, im Gegenteil, noch schlimmer wird man uns bedrücken, dafür aber immer wieder den Schafsgeduldbuden in die Ohren raunen: „Noch vielmehr beten und noch fleißiger arbeiten!“ Leider sind solche verschobene Ansichten auch noch unter unserer Kollegenchaft verbreitet, die dem Verbände fernstehen und in dem Wahne leben, mit Heulen und Klagen komme man über die Misere hinweg. Nein, Kollegen, mit diesem Untervertrauen könnt ihr keinen Hund vom Hengeln. Hiergegen gibt es nur ein Mittel und das heißt: „Organisation“. In uns selbst liegt die Kraft, die nie vergehende Quelle, die durch uns erschlossen werden muß, durch die wir zur höheren Stufe emporsteigen können. In der richtigen Erkenntnis dieses ist unser Sieg enthalten. Darum ist das richtigste Gebot eines jeden Arbeiters: Du sollst Deiner Berufsorganisation angehören! Handelt darnach, Pöfener Kollegen. — Am 24. November tagte eine Versammlung, in der u. a. die Wahl einer Lohnkommission vorgenommen wurde, die sich mit der Ausarbeitung eines Lohn tariffs beschäftigen soll. Zwar steht noch viel zu einer guten, Erfolg verheißenden Organisation, desto eifriger muß die beginnende „stille Zeit“ zur Aufklärung und Ueberzeugung der noch Indifferenten verwendet werden.

Reiz. (Situationsbericht.) Die gegenwärtige Geschäftskrise hat auch hier bereits ihre Wirkung ausgeübt. Waren bisher meist nur die Maler in den Wintermonaten von der Arbeitslosigkeit betroffen, so haben diesmal auch die in den hiesigen Fabriken beschäftigten Ladirer über bedeutenden Arbeitsmangel zu klagen. Die Unternehmer haben natürlich diese für sie günstige Gelegenheit nicht vorbegehen lassen, um den Arbeitern trotz des bereits geringen Verdienstes noch erhebliche Lohnreduzierungen usw. zu bieten. Die organisierten Kollegen am hiesigen Orte stehen dieser Handlungsweise vollständig machtlos gegenüber, solange die über große Mehrzahl ihrer Arbeitsgenossen sich nicht der Pflicht erinnert, der Organisation beizutreten und mit uns gemeinschaftlich zu kämpfen. Von den am Orte beschäftigten Ladirern gehören kaum 8 pzt. unserer Gewerkschaft an. Bei den Malern ist die Sache prozentual etwas günstiger, doch keineswegs auch nur annähernd befriedigend. Der größte Theil der Indifferenten hat bereits früher unserer Organisation angehört, derselben aber aus nichtigen Gründen oder aus Interesslosigkeit den Rücken gekehrt. Die bis jetzt von der Organisation noch vollständig unberührt gebliebenen Kollegen stehen meist unter dem Einfluß derjenigen, welche früher unserer Gewerkschaft angehört. Die organisierten Kollegen sind in den größeren Werkstätten und Fabriken überall in beträchtlicher Minderheit und deshalb durchaus nicht im Stande, eine erfolgreiche Agitation zu entfalten. Die einzigen, welche aus diesen beklagenswerthen Zuständen Vortheil ziehen, sind unstreitig die Unternehmer. Dieselben werden denn auch Lohnreduzierungen und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in einer Weise fortsetzen, daß auf Jahre hinaus die Arbeiter bitter darunter zu leiden haben. Vieles könnte jetzt noch verhindert werden, wenn nur die große Masse der hiesigen Kollegen aus ihrer Gleichgültigkeit erwachen würde; denn dann könnte selbst in einer Zeit des wirtschaftlichen Niederganges den jetzt beispiellosen Machinationen der Unternehmer ein Damm entgegengesetzt werden.

Eingefandt.

Nothstandsdebatte und Malerstreik in der Bremer Bürgerschaft.

Der Streik der Bremer Malergehilfen kam in der letzten Bürgerschaftssitzung gelegentlich der von sozialdemokratischer Seite inszenierten Nothstandsdebatte zur Sprache. In vielen Orten hat man bekanntlich zu der Frage Stellung genommen: „Welche Mittel und Wege sind einzuschlagen, um das Gespenst der drohenden Arbeitslosigkeit im kommenden Winter zu verschrecken resp. zu begegnen?“ In der letzten Bürgerschaftssitzung wurde der von sozial. Seite gestellte Antrag dahingehend begründet, daß in Berücksichtigung des allgemeinen wirtschaftlichen Niederganges und des zu erwartenden hohen Arbeitslosenstandes im anbrechenden Winter von der zuständigen Behörde größere Arbeiten in Angriff zu nehmen seien. Der Antragsteller wies in seiner Begründung zunächst auf das Baugewerbe hin und gab einzelne Zahlen bekannt, die bewiesen, wie groß schon jetzt die Arbeitslosigkeit sei, so auch, daß in unserer Branche schon über 200 Malergehilfen feierten. Es erfolgten zurufe von gemäßigter Seite in Masse, wie z. B.: Warum streiken die Maler? usw. Zunächst erstand ein Gegner des vorliegenden Antrages in der Person des Herrn Maurermeister Wollmann. Dieser Herr hat auch während unseres Streiks als Führer der Baugewerksmeister eine große Rolle gespielt. Doch lassen wir diesen Herrn selbst reden. Er sagte aus:

„Maler und Maurer haben im Frühjahr die schönste Arbeitsgelegenheit gehabt, aber die Maler haben Monate lang gestreikt und das Geschäft in der elendesten Weise ruiniert. Und nun wundern sie sich, wenn die Auftraggeber sagen: Schließen wir die Arbeiten doch auf, wenn sie nicht unbedingt nothwendig sind. Die Arbeiter sind sehr kurzfristig, wenn sie auf die Betsprechungen einzelner Führer hören. Die Arbeiter sollten bedenken, daß nach jedem

Sommer ein Winter kommt und daß sie auf die Arbeitgeber angewiesen sind, wie diese auch auf jene. Sie aber bedenken nichts und laufen ihren Verführern nach, und das rächt sich dann. Es ist ja zu bedauern, daß wir einer schweren Zeit entgegengehen — ich sage entgegengehen, denn noch sind wir gar nicht drin! Das es theurer geworden ist im Verhältnis zum Lohn, bestreite ich. Ich rathe dazu, keine übertriebenen Schritte zu fassen; Arbeiten, die nicht nothwendig sind, sollten wir auch nicht ausführen. Früher waren die Leute im Sommer fleißig und haben auch gern Ueberstunden mitgenommen, um für den Winter zu haben, jetzt aber dürfen sie ja gar keine Ueberstunden mehr machen.

Nun haben wir's. Also die bösen Maler sind selbst schuld an der augenblicklichen und stets wiederkehrenden arbeitslosen Zeit. Zu der elendesten Weise sollen die Malergehilfen durch ihr monatelanges Streiken das Geschäft ruiniert haben. Man sieht, der Herr W. hat ein großes Geschick, seine Unkenntnis in wirtschaftlichen Dingen zu offenbaren. Aus seinen Aussprüchen ist zu ersehen, weß Geistes Kind er ist. Den Arbeitern will man ja beiseite nicht, das ist schon so oft behauptet worden, das Koalitionsrecht nehmen, aber streiken — büßen sie nicht. Das Recht, ihre Interessen zu wahren, wie es sich die Herren Baugewerksmeister, die Malermeister selbstverständlich inbezogen, nehmen, und wir ihnen auch nicht rauben wollen, soll uns aber als Unrecht, ja, als Freivolthat angesehen werden. Wenn dann der gute Herr von Verführern und Verführten spricht, so hat er wohl an sich selbst gedacht, als er beim letzten Streik die Malermeister verführte, denn wer bewilligen wollte, bekam keine Arbeit wieder, oder der Geselle sammt Meister mußten der Bau verlassen. Ferner steht noch in frischer Erinnerung, daß ein Malermeister, welcher bewilligt hatte, das bereits halb fertige Gerüst an einem der größten Häuser Bremens auf Drängen des Arbeitgeberverbandes wieder abbrechen lassen mußte!

Die Verführer, die Verführte! Haben Sie das vergessen, Herr Wollmann? Auch ein anderer, sich „liberal“ nennender Herr, Namens Holscher, kam mit seiner Weisheit angehohlet. Nach seiner Ansicht sei der Streik zu unrechter Zeit inszeniert; dieser Herr — und auch die Maler- und Maurermeister — würden es natürlich am zweckmäßigsten finden, wenn die Maler im Winter streikten. Aber diesen Gedanken können die Malergehilfen den Herren denn doch nicht thun. Auf das übrige Geschwafel noch näher einzugehen, wäre unnütze Zeitverschwendung.

Der Malerstreik soll, wie es scheint, eine stehende Rubrik bleiben, denn auch in der letzten Versammlung des „Bremenschen Baugewerksmeister“ kam man ebenfalls, wie in der Bürgerchaftssitzung, auf unsere Lohnbewegung zu sprechen. Nach einem Referate des Herrn Maurermeister Wollmann (diesen Herrn findet man überall, wo es etwas scharf zu machen giebt) über „die Lage des Baugewerbes in Bremen“, in dem derselbe von einem Nothstand, von einer Krise, noch nichts gespürt (glauben wir gerne), von unbedingten Forderungen der Gehülfe sprach, von einem Nachsichtentag nichts wissen wollte usw., nahmen dann die Malermeister Buse und Bauer das Wort. Ersterer dankte Herrn Wollmann für sein energisches Eingreifen bei der Nothstandsdebatte in der Bürgerchaft, während Herr Bauer das beim Streik Erregene uns noch absprechen will, dabei bedauernd, daß man um den Minimallohn nicht habe „herumkommen“ können. Der Herr machte im Uebrigen noch Ausführungen, die er zu widerrufen sich anderen Tags anschicken mußte. Am Schluß dieser bedeutungsvollen Versammlung nahm Herr Fischer, Vorstandsmitglied der „Bremenschen Malermeister“, das Wort, um der Bauhilfte, ganz besonders aber den Herren Wollmann und Strudmann für ihre so thätigste Unterstützung während des Streiks der Gehülfe Namens der Malermeister Bremens zu danken. Herr Fischer bekräftigt bei den Verhandlungen, welche während des Streiks stattfanden, auf das Entschiedenste, daß die Malermeister unter Einfluß der Bauhilfte standen; aber nun hat er selbst den Beweis für unsere damalige diesbezügliche Behauptung erbracht. Wir danken dankend. Guten Morgen, Herr Fischer!

Für uns Eingeweihte stand es von vornherein fest, daß die Herren Malermeister am Gängelband der Bauhilfte usw. geführt wurden. Es war unsere Lohn- zur Nachfrage geworden. Unter allen Umständen mußte, einerlei von welcher Gewerkschaft ein Streik kam, derselbe mit allen Mitteln bekämpft werden; das war die Aufgabe des Zusammensmensens des Bauunternehmens usw. Die Malermeister hatten allerdings, wenngleich die Erstbetrefften, nichts zu sagen; sie mußten nach der Pfeife der Herren Wollmann und Konforten tanzen, singen und springen.

Nun liegt ja unsere Lohnbewegung schon einige Monate hinter uns, aber immer und immer wieder kommt dieselbe in dieser oder jener Versammlung auf's Tapet; der beste Beweis, welche Dimensionen dieselbe angenommen hatte; welche Kraft, welchen Einfluß eine derartige Lohnbewegung in sich birgt. Das aber müßte sich die scharfmascherischen Elemente hinter die Ohren schreiben: Nicht geschwächt, sondern gestärkt, sind wir aus diesem langen Kampfe hervorgegangen! Sämtliche großen und maßgebenden Werkstätten sind bis auf den letzten Mann organisiert und überall werden Werkstättenversammlungen allmonatlich abgehalten, um Uebertretungen des Tarifs in gebührender Weise zu kennzeichnen und abzuwehren. Wer eine solche Werkstättenversammlung veräunt (auch müssen die Mitgliedsbücher mitgebracht werden) zahlt 20 und 30 S. Strafe, ja in einer großen Werkstätte sogar bis zu 3 M., mer drei Mal hintereinander die Versammlung veräunt. Derartige Beschlüsse können nur dort gefaßt werden, wo thatsächlich eine kräftige Organisation besteht. Alle alten und besten Kräfte gehören zu uns und so wird es auch hoffentlich in mer bleiben. Mag nun auch das Unternehmertum zernern, mag es sein Müthchen an einzelnen Kollegen füttern, sie sind nicht imstande das Peitrad zurück zu drehen; wir werden immer vorwärts marschieren, stets unsere Kraft einsetzen im Interesse der Allgemeinheit.

Der Vertrauensmann Bremens.

Versammlungs-Berichte.

Chemnitz. Bereits zwei Provinzialtage hat die Frage: „ob in Sachsen das Filialsystem einzuführen sei?“ beschäftigt. Auch für den nächsten Provinzialtag, der jedenfalls zu Ostern 1902 in Zwickau stattfindet, kommt diese Frage mit auf die Tagesordnung, weshalb sich hier eine Kommission gebildet, welche bereits die nothwendigen Schritte unternommen, um Klarheit zu schaffen, wie es in den verschiedenen Städten Sachsens betreffs der Verwaltung der Zahlstellen aussieht. Ebenfalls wird sich die Kommission mit den hiesigen Gewerkschaften (gleichviel ob Filiale oder Zahlstelle) befassen, um die Vortheile und Nachtheile des Filialsystems kennen zu lernen. Es wäre zu wünschen, daß die von hier abgeforderten Fragebogen von den betreffenden Kollegen vollständig ausgefüllt uns bald möglichst zurück-

gefaßt würden, damit der ein Resultat haben, welches jedenfalls als Material zur Lösung dieser Frage dem nächsten Provinzialtag dienen könnte.

Eine Statistik über Arbeitslosigkeit zeigt, daß vom 1. Juli bis 1. Oktober 4 arbeitslose Kollegen vorhanden waren und daß die kürzeste Dauer der Arbeitslosigkeit 2, die längste 15 Tage betrug.

Köln. Eine öffentliche Versammlung der Maler und Anstreicher tagte am Dienstag, den 19. November, im „Kaiser“, Ehrenstraße. Sie war gemeinschaftlich einberufen von der freien und der christlichen Gewerkschaft mit folgender Tagesordnung: Das Antwortschreiben der Zünfte und Stellungnahme der Gehilfen dazu. Der Altgeselle berichtete über seinen Antrag, an die Zünfte mit dem Ersuchen heranzutreten, den am 1. Oktober 1901 abgelaufenen Vohlarif bis zum 1. April 1902 zu verlängern, und so eine friedliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen, was ja für Meister und Gehilfen von gleichem Nutzen sei. Der Altgeselle übermittelte das der Zünfte mit der Bitte, die Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Zünfteversammlung zu setzen, damit ihm Gelegenheit geboten sei, den Antrag mündlich zu begründen. Auf dieses Schreiben sei nun nach etwa fünf Wochen eine ablehnende Antwort erfolgt, mit dem Bemerkten, die Zünfte habe den damals am Einigungsamt gefassten Beschluß nicht als zu Recht bestehend anerkannt, mithin auch keinen Grund, ihn zu verlängern. Wie sehr das der Wahrheit widerspricht, so bemerkte Meiner, braucht nicht angeführt zu werden. Dieses Verhalten kennzeichnet die Zünftemeister, an deren Spitze der bekannte Herr Kunkel steht. (Hat denn Herr M. überhaupt Gehilfen beschäftigt? D. Red.) Es sei eine Lehre für die Zukunft; jetzt habe man die Zünftemeister kennen gelernt, und bei einer späteren Lohnbewegung wisse man sich danach einzurichten. Die beste Stellungnahme dazu sei, daß die Gehilfen sich heute schon einmütig der Vereinigung anschließen, um dann bei besserer Geschäftslage das zu erlangen, was die Meister heute verweigern. Wieder Beifall folgte diesen Ausführungen. In der Diskussion wurde ebenfalls das Verhalten der Zünftemeister scharf beurteilt. Zugleich wurde aber auch das Verhalten derjenigen Kollegen gerügt, die der Organisation immer noch gleichgültig gegenüberstehen. Wenn diese Kollegen mehr als bisher sich ihrer Pflichten gegen die gewerkschaftliche Organisation bewußt sein würden, so hätten die Meister es nicht gewagt, Löhne von 42 P. die Stunde anzubieten; es sei zu hoffen, daß die Kollegen jetzt das Versäumte nachholen und sich ihrer Organisation anschließen. Folgende Resolution wurde angenommen: „Die heutige Maler- und Anstreicher-Versammlung, erachtet in dem Antwortschreiben der Zünfte nur eine leere Ausrede, um den tatsächlichen Bestand des Tarifs zu umgehen. Sie verurteilt dieses auf das Schärfste und verspricht mit allen geschlichen Mitteln zur Stärkung und Anerkennung der Organisation beizutragen.“

Gewerkschaftliches und Soziales.

Das Koalitionsrecht wird von den ober-schlesischen Kohlenmagnaten offen mit Füßen getreten. Im Kreis Katowitz haben die Grubenverwaltungen den Arbeitern Entlassung angedroht, falls sie nicht aus dem Bochumer Verband ausscheiden. Von 4000 Mitgliedern sollen bereits 500 entlassen sein. Auch diese gewaltigen unzulässigen Gewaltmaßnahmen werden zum Gegenstand dessen führen, was man bezweckt.

Zur Pflege der Arbeiterstatistik beabsichtigt man die Errichtung einer besonderen Abteilung des Statistischen Amtes. Dieser Plan hätte aber mit der schon längst erhobenen Forderung von einem „Reichs-Arbeitsamt“ gar nichts gemein, denn von einer selbständigen Behörde, wie es ein Reichs-Arbeitsamt sein muß und an deren Zusammensetzung auch Arbeiter gebührend Anteil zu nehmen haben, wäre so nichts zu spüren.

Wichtig für Ortskrankenkassen ist folgende Entscheidung des preussischen Oberverwaltungsorgans: Die Generalversammlung der Ortskasse der Schneider zu Breslau hatte beschlossen, in ihrem Statut zu bestimmen, daß für den Erwerb und die Veräußerung von Grundstücken in Zukunft der Kassenvorstand nur die Genehmigung der Generalversammlung einzuholen habe. Der Vorsitzende des Bezirksausschusses verfasste die Genehmigung zu dieser Statutenänderung. Auf die Klage der Kasse entschied sich der Bezirksausschuss als Nichtkollegium für die Erteilung der Genehmigung und führte aus: Der Kommissar für das öffentliche Interesse verlange, daß für den Verkauf und Erwerb von Grundstücken durch den Kassenvorstand auch noch die Genehmigung der Aufsichtsbehörde vorgeesehen werden solle und berufe sich hierfür auf einen Ministerialerlaß. Nun möge ja zugegeben sein, daß in Fällen der vorliegenden Art die Genehmigung der Aufsichtsbehörde erwünscht wäre. In dessen ein Statut, das diese Genehmigung nicht vorsehe, widerspreche nicht dem Gesetze. Dieses sehe die Selbstverwaltung der Krankenkassen vor und die würde in unzulässiger Weise beschränkt werden, wenn man den Vorstand in den fraglichen Fällen an die Genehmigung der Aufsichtsbehörde hände. Das Oberverwaltungsgericht hat jetzt diese Entscheidung bestätigt.

Der Holzarbeiterverband, der am 15. Febr. eine Arbeitslosenzählung unter seinen Mitgliedern vorgenommen hatte, veröffentlicht nun das Resultat der am 16. August gleichfalls von ihm veranstalteten Zählung. Von 70612 Mitgliedern aus 530 Zahlstellen haben sich 48 685 gleich 69 Pkt. daran beteiligt. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen betrug 1394, auf den Einzelnen entfallen durchschnittlich rund 21 arbeitslose Tage. Verheiratet waren von den Arbeitslosen 540, ledig 853, ein Beteiligter hat die Frage nicht beantwortet.

Baugewerbliches.

Zum Arbeiterschutz. Das württembergische Regierungsblatt Nr. 27 veröffentlicht die Verfügung des Ministeriums des Innern vom 1. November d. J. betreffs Maßregeln zum Schutze der bei Bauten beschäftigten Personen gegen Gesundheitsgefahr. Nach einem Auszug des „Schw. Merk.“ sind danach beim Eintritt kalter Witterung, in der Regel in der Zeit vom 15. Oktober bis 15. März, während der Ausführung von Arbeiten im Innern von Bauten die Thür- und Lichtöffnungen der einzelnen Räume, in denen gearbeitet werden soll, mit Dichten, wenn auch nicht zu dauerndem Verbleib bestimmten Verschlüssen zu versehen. Die Verwendung von über Rahmen gespanntem Juteleinen oder Segeltuch zum Verschließen der Lichtöffnungen ist zulässig. Auf denjenigen Baustellen, auf denen mehr als 10 Arbeiter zu gleicher Zeit beschäftigt sind, ist vom Beginn der Arbeit bis zur entsprechenden Benützung der Räume im dem Gebäude selbst für die Arbeiter zur Benützung während der Arbeitspausen ein Schutzhäuschen gegen die Einwirkung der Witterung aus einseitig dichtumfassender, mit Fenstern versehener und gut überdachter Unterkunftsraum (sog. Bauhütte) von genügender Größe und mit ausreichender Sitzgelegenheit

zur Verfügung zu stellen. Wird auf der Baustelle in der Zeit vom 15. Oktober bis 15. März gearbeitet, so muß der Unterkunftsraum heizbar eingerichtet sein, Materialien sollen in diesem Raum nicht gelagert werden. — Auf den Baustellen aller Bauten und größeren Reparaturarbeiten sind vor Janggriffstacheln des Baues an einer von der Straße abgewandten Seite von dieser, sowie von den benachbarten Gebäuden thunlichst entfernte Stelle einseitig dichtumfassende, mit verschließbarer Thür versehene Aborte zu errichten, für deren ordnungsmäßige Reinhaltung und Entleerung sowie Desinfizierung Sorge zu tragen ist. — Diese Vorschriften finden auch auf Zimmerplätze, Steinhauerplätze und andere Baustellen Anwendung. Die Ortspolizeibehörde ist beauftragt, bei dem Vorhandensein besagter Aborte, namentlich bei einseitigen Bauten auf dem Lande, von einzelnen dieser Vorschriften zu entscheiden. Verantwortlich für den Vollzug der vorstehenden Vorschriften ist, wenn sämtliche Arbeiten an einem einzigen Unternehmer vorliegen, dieser Unternehmer; in allen anderen Fällen der Eigentümer des Baues bezw. des Bauhofes. Weist der Eigentümer nach, daß er die Verantwortung für die Einhaltung der Vorschriften ausdrücklich einem derjenigen Unternehmer, die einzelne Theile des Baues übernommen haben, mit dessen Einverständnis übertragen hat, so trägt dieser die Verantwortung. Zuwiderhandlungen gegen die erlassenen Vorschriften werden nach Maßgabe des § 147 Ziff. 4 der Reichsverordnung oder des Art. 32 Ziff. 5 des Landespolizeistrafgesetzes bestraft.

Arbeiterversicherung und Gesundheitspflege.

Der Vorstand des Arbeitervereines Berlin theilt, vielen Anfragen Rechnung tragend, im „Correspondenzblatt“ mit, daß die durch die Generalkommission und dem obigen Verein in die Wege geleitete Wahl der nichtständigen Mitglieder sowie deren Stellvertreter zum Reichsversicherungsamt im größten Maße zu unseren Gunsten ausgefallen ist.

Es sind nicht nur die von uns aufgestellten Vertreter für die Industrie, sondern auch diejenigen für die Landwirtschaft mit großer Majorität gewählt. Der großartige eingeleitete Erfolg unserer Gegner ist es auch dieses Mal nicht gelungen, über uns den Sieg davonzutragen, obgleich sich der ganze Maschinen-, die christlichen, die katholischen Arbeiter sowie die Hirsch-Duncker'schen Gewerkschafter zusammen vereinigt hatten, um uns in dieser Institution aus dem Sattel zu heben und obgleich sie ziemlich geschickt hierbei zu Werke gehen wollten, indem sie einige Vertreter von uns auf ihre Kandidatenliste mit aufgeführt hatten, und diese als Ledebogel benutzten. Letztere gaben aber durch alle Zeitungen die Erklärung ab, daß sie mit solchen Sondereinheiten nichts zu thun haben wollten, und daß sie, ohne selbst gefragt zu werden, auf diese Kandidatenliste gebracht sind. Auch der Quereintritt des christlichen Eisenbahnerverbandes ist es nicht gelungen, irgend welche Erfolge bei seinem Vorhaben zu erzielen. Sämtliche Maschinenbau- und Eisenbauarbeiter der Maschinenbau- und Eisenbauarbeiter sind an dem festen Willen der Massenbewegung organisiert Arbeitervereine, und dürfte es auch für die Zukunft jenen Elementen schwer fallen, uns auch nur annähernd eine erhebliche Wette auf diesem Gebiete beizubringen.

Allerdings sind wir nicht in der Lage, den Sieg auf der ganzen Linie melden zu können. Den reaktionären Nacharbeitern von der Seemanns-Vereinsgenossenschaft ist es diesmal noch gelungen, den Sieg über unsere Genossen von der Seemanns-Vereinsgenossenschaft davon zu tragen. Aber auch hier gehen wir mit vollem Vertrauen der Zukunft entgegen und hoffen, wenn nicht alle Anzeichen trügen bei der nächsten Wahl auch hier als Sieger hervorzugehen.

Das endgültige Stimmenverhältnis können wir noch nicht bekannt geben, da das amtliche Wahlergebnis noch nicht bekannt gegeben ist. Wir hoffen aber auch hierüber schon in einer der nächsten Nummern dieses Blattes genau berichten zu können.

Ferner machen wir nun die Kartelle, welche am Sitze der Landesversicherungsanstalten sind, darauf aufmerksam, wegen des an sie in letzter Zeit gesandten Anschreibens, mit den betreffenden Kartellen in ihrer Provinz in enge Verbindung zu treten.

Auch ist es notwendig, daß die Kartelle in allen Städten sich mehr um die zu vollziehenden Wahlen der Delegierten in den Ortskrankenkassen, welche hauptsächlich in diesem und im nächsten Monat stattfinden müssen, mehr zu beschäftigen, als es bisher der Fall war. Sie alle wissen, daß die neue Krankenkassen-Gesetzvorlage uns bevorsteht. Niemand aber weiß, was uns dieselbe bringen wird. So viel können wir aber wohl schon heute sagen, daß es besondere Vortheile für die Arbeiterschaft nicht sein werden! Daher ist es doppelte Pflicht der organisierten Arbeiterschaft, dafür Sorge zu tragen, daß hier besonders tüchtige Leute als Vertreter der gegen Krankheit versicherten Arbeiterschaft für Generalversammlungen der Krankenkassen gewählt werden.

Wir wissen ferner, daß sich auf die Wahl dieser Vertreter in erster Instanz sämtliche anderen Wahlen, die auf Grund der sozialpolitischen Gesetzgebung vorzunehmen sind, aufbauen bezw. aus dieser Wahl hervorgehen. Die Delegierten wählen die Vorstände der Krankenkassen, diese wiederum die Vertreter in den unteren Verwaltungsbehörden und Rentenstellen. Die Vertreter der unteren Verwaltungsbehörden wählen wieder die Ausschüsse der Landesversicherungsanstalten usw. Es ist daher notwendig, daß hier unten ein gründliches Fundament gelegt wird, auf welchem dann der weitere Ausbau erfolgt. Erfülle daher auch hier jedes Gewerkschaftskartell, jede Gewerkschaft an und für sich seine größtmögliche Schuldbigkeit.

Gerichtliches.

Am 29. November hatte sich vor der ersten Strafkammer zu Dortmund unser früherer Kassierer Richard Neumeister wegen Unterschlagung von Vereinsgeldern in Höhe von 225 Mk. zu verantworten. Troßdem er noch nicht lange Mitglied, hatte er durch sein biederer Wesen sich das Vertrauen sämtlicher Kollegen erworben. Das größte Ehrenamt fiel ihm zu, er wurde Kassierer. Doch kaum drei Monate dauerte seine Thätigkeit, da schloß dieselbe mit diesem tiefen Defizit ab. Um nun das Geld zu retten, sah man von einer sofortigen gerichtlichen Verfolgung ab. Spielend leichte Bedingungen wurden zur Zurückzahlung vereinbart, doch hielt er diese nicht inne, und so erfolgte im Juli die Anzeige. Doch wie enttäuscht waren diejenigen, welche bei Verlegung des Straftats im Gerichtsraum anwesend waren. Ach! mal wegen Betrug, ein mal wegen Untreue, das ist die Lage und ein mal wegen Unterschlagung lautete das Strafgericht. Ziemlich zwei Jahre hat dieser laubere „Vertrauensmann“ dafür abgebüßt. Heute erhielt er vier Monate zuzüglich, trotzdem seine „bessere Hälfte“ durch ihre Aussage verurteilt, ihn zu entlassen. Dieselbe gab an, ihm bis 150 Mk. entwendet zu haben. Auf Befragen des Vorsitzenden, ob sie gewußt hätte, daß das Geld nicht ihrem Manne gehöre, antwortete sie:

Nein, das habe ich nicht gewußt; sie habe nur das Geld nehmen wollen, was sie gewußt haben. Häufig behauptete uns die Frau, daß sie nicht bezahle könne, so habe Mann das viele Geld gelassen habe. „Sollen Sie doch, ich glaube er nimmt sich das Leben“, so ging es in einem fort und heute diese Aussage! — Zum Mindesten beweist diese Verhandlung, wie korruptiv die bei der Wahl eines Kassierers sein müssen.

Nicht weniger als vier Verhandlungstermine mußten vom Amtsgericht München I angezettelt werden, damit unser Kollege Stegmüller, welcher bei dem Landgericht in der Münchner Tramway beschäftigt war, freigesprochen wurde. Er sollte nämlich einen Arbeitswilligen beschäftigt haben. Die Verteidigung bestand darin, daß der betreffende Kollege den Arbeitswilligen K. Schmidt erklärt haben sollte, wenn der Streit gewonnen wird, so gehen wir so lange nicht zur Arbeit, bis die Arbeitswilligen draußen sind. In diesen Worten sollte nun eine grobe Beschuldigung liegen, welche bestrafbar war. Die erste Verhandlung wurde wegen Ladung eines Zeugen angelegt, ebenfalls die zweite, da der Zeuge und Arbeitswillige K. Schmidt nicht erschienen war, wofür er mit 10 Mk. Strafe bestraft wurde, die er gewiß verdient hat. Nun wurde ein zweiter Termin angesetzt, in welchem Stegmüller nach den Ausführungen des Rechtsanwaltes W. im Freigesprochen wurde. Hiernit konnte man annehmen, daß die Sache erledigt sei, aber unsere Kollegen lächelten sich, denn der Herr Staatsanwalt war damit noch nicht zufrieden und ließ Berufung beim Landgericht München I ein, um diesen Vorbehalt nochmals vor den Richtern zu zitieren. Am 21. Oktober fand nun der dritte Verhandlungstermin statt, in welchem der Richter, ebenfalls unterstützt von Rechtsanwältin W. freigesprochen wurde. Damit nicht umsonst gearbeitet wurde, trägt der Vater Staat sämtliche Kosten für diesen großartigen Prozeß.

Immer schönere Blüthen trägt der behördliche Kampf gegen die Gewerkschaften. Nachdem das Landgericht in Nürnberg das dortige Gewerkschaftskartell wegen Veranlassung einer Arbeiterversammlung für einen politischen Verein erklärt hat, scheint man auch anderwärts in Bayern eine schärfere Tonart gegen die Gewerkschaftsbewegung anschlagen zu wollen. So hat z. B. das Bezirksamt Bayreuth die Zahlstelle Wartenstein des bayerischen Gasarbeiterverbandes für politisch erklärt, weil die Zahlstelle das Fachblatt „Der Fachgenosse“ zu ihrem Organ bestimmt habe und in diesem Blatte Artikel enthalten seien, die das Volk zum Kampfe auffordern! Beschwerde gegen diese merkwürdige Maßregel ist eingeleitet.

Sachgewerbliches.

Der Vorstand des Vereines „Dynamit“ in Berlin veranstaltet zur Erlangung von Entwürfen für Decker- und Wandmalerei auf Wunsch der Firma Engelhard & Kaeberich zu Elberfeld ein Preiswettbewerb. Die Entwürfe sind im Maßstab 1:10 zu zeichnen, Decke und Wand auf getrennten Blättern. Die Entwürfe sollen 44/64 Zentimeter groß gezeichnet sein, welche in halber Größe durch Lichtdruck vervielfältigt werden können, worauf seitens der Autoren Rücksicht zu nehmen ist, und müssen von den Einreichenden selbst erfinden sein. Bevorzugt werden Entwürfe im modernen Stil. Für die drei besten Arbeiten werden Preise von 500, 400 und 300 Mark ausgesetzt. Die Arbeiten sind mit Motto zu versehen und nebst einem das Motto tragenden Briefumschlag, in welchem sich die genaue Adresse des Verfassers befindet, bis zum 15. März 1902 franco in Berlin bei Herrn Wilschauer Paul & Reichsman, Berlin S.W. 46, Dönhofsstr. 25, einzuliefern. Die Beteiligung an der Konkurrenz ist unbeschränkt.

Dom Ausland.

Wie aus Bern berichtet wird, mehrten sich fortwährend die Entlassungen von Arbeitern wegen Arbeitsmangel. So wurden vergangene Woche in Bern wieder ungefähr 50 Gipser und Maler entlassen. Unter den entlassenen Gipsern und Malern befinden sich solche, die mehrere Jahre, ja sechs und acht Jahre in denselben Geschäften zur Zufriedenheit ihrer Meister gearbeitet hatten. Um den arbeitslosen Gipsern und Malern Arbeit zu verschaffen, wendet sich die „Tagewacht“ an die kantonale Bau- und Finanzdirektion mit der Bitte, den Winter über die bezüglichen Arbeiten im Hochschulgelände ausführen zu lassen. Der Einwand, die Witterung sei hierfür zu ungünstig, läßt sich durch die Thatsache entkräften, daß im Jahre 1876/77 dieselben Arbeiten im Jurabahnverwaltungsgebäude ebenfalls im Winter, und noch dazu in einem kalten, vorgenommen wurden.

Erfreulicher ist das Bild nach den Feststellungen des Londoner Labour Department (Arbeitsamt) über die Arbeitslosigkeit in England.

Darnach wäre in 142 Gewerkschaften mit durchschnittlich 544 827 Mitgliedern der Prozentsatz der Arbeitslosen Ende Oktober 3,7 Pkt. gewesen — nach alter Gewerkschaftserfahrung keine besonders hohe Ziffer, wenn auch etwas höher als im Oktober des Vorjahres (3,3 Pkt.).

Freilich ist mit der eigentlichen „Arbeitslosigkeit“ die Einwirkung einer Krise auf die Arbeiterklasse bei Weitem nicht erschöpft. Das tritt auch in dem Memorandum des Arbeitsamtes klar hervor. Eine Senkung des durchschnittlichen Lohnniveaus wird zwar bestritten, aber für 433 117 Arbeiter in den Kohlenruben ergaben sich durchschnittlich nur 5,36 Arbeitstage in den Oktoberwochen, gegen 5,63 Tage im Vorjahre. Eine solche Nicht-Vollbeschäftigung ist zweifellos den Arbeiterentlassungen weit vorzuziehen. Als Opfer der Krise schätzen jedoch auch hier die Arbeiter.

Wenn werden wir in Deutschland über die Feststellungen eines „Arbeitsamtes“ verfügen?

Gewerkschaftsbewegung in den Vereinigten Staaten. In einem von der Bundesindustriekommission ausgearbeiteten Bericht über die Gewerkschaften und Arbeiterunions des Landes wird die Gesamtzahl der organisierten Arbeiter, soweit sie sich ungefähr abschätzen läßt, auf 1 400 000 berechnet. Der Bund der American Federation of Labour zählt in seinen verschiedenen Zweigverbänden etwa 950 000 Mitglieder, dazu kommen die verschiedenen Organisationen der Eisenbahnleute mit 150 000 Mitgliedern und eine Anzahl nationaler Arbeiterverbände, die seinem Zentralkörper angehören. Die rasche Entwicklung der American Federation of Labour, deren Mitgliederzahl sich im Laufe von zehn Jahren verdreifacht hat, gebührt das Bestreben der Gewerkschaftsbewegung, die Interessengemeinschaft der organisierten Arbeiter zum Ausdruck zu bringen. Im Staate New York hat in dem Zeitraum vom 1. Juli 1894 bis 1. Juli 1901 die Anzahl der Arbeiterunions von 360 auf 1805 und deren Mitgliederzahl von 157 197 auf 255 630 zugenommen.

In den englischen Gewerkschaften fängt man anscheinend jetzt an, zu begreifen, daß die Arbeiter sich politisch auf die eigenen Füße stellen müssen. Denn auf den so

eben stattgefundenen Jahreskonferenzen der Föderation der Bergleute und der Vereinigten Gewerkschaft der Eisenbahngestellten wurden Debatten geführt und Beschlüsse gefasst, die darauf hinweisen, daß die Vorbeschlüsse eine gewisse Gärung innerhalb der Arbeiterorganisationen hervorgerufen haben. Die Föderation der Bergleute, die 350 000 Mitglieder zählt, hat mit 250 000 gegen 50 000 Stimmen beschlossen, einen Wahlfonds zu sammeln und bei den nächsten parlamentarischen Wahlen eigene Kandidaten aufzustellen. Zu diesem Zwecke soll ein Jahresbeitrag von ein Schilling pro Mitglied erhoben werden. Das würde eine Summe von 17 500 Pfund Sterling ergeben, womit die Wahlkosten von etwa 25 bis 30 Mandaten bestritten werden könnten. Eine gleiche Summe würde auch genügen, etwa 100 Abgeordneten Däten zu zahlen. Die Durchführung dieses Beschlusses würde aber auch noch einen anderen Vorteil haben. Zahlten die Arbeiter für ihre parlamentarische Vertretung, so würden sie auch ein Interesse daran nehmen, sich über die Tätigkeit ihrer Abgeordneten zu unterrichten und dem politischen Leben mehr Aufmerksamkeit zu schenken, als dies bislang geschehen ist. Mr. Barton, der Präsident der Eisenbahn-Angestellten, hat seiner Organisation empfohlen, ebenfalls einen Wahlfonds zu sammeln. Diese Gewerkschaft zählt 60 000 Mitglieder und könnte fünf bis sechs Kandidaten aufstellen. Ihr Sekretär, Mr. Richard Bell, ist bekanntlich der parlamentarische Vertreter für den Wahlkreis Derby. — Es ist bemerkenswert, daß der Bericht der Bergleute einen viel stärkeren Eindruck auf die bürgerliche Presse gemacht hat, als sämtliche Debatten des Trades-Union-Kongresses.

Das schweizerische Zentralorgan der Gewerkschaften, „Die Arbeiterstimme“, hat einen schweren Stand. Es ist nach den Ausführungen des Redakteurs dieses nicht möglich, das Blatt zu halten, wenn es nicht obligatorisch von den Gewerkschaften als Organ eingeführt wird. Es ist denn auch auf einer Zusammenkunft der Vorstände ein Antrag dahin gestellt und angenommen worden, der sicher den Bestand des gut redigierten Gewerkschaftsblattes ermöglichen wird. Es wäre sehr zu wünschen, wenn jedes Mitglied unserer schweizerischen Bruderverbände die „Arbeiterstimme“ abonnieren würde.

Altersversorgung für belagerte Genossenschaftler. Im „Boocuit“ zu Gent ist jetzt eine Altersversorgungskasse für die Mitglieder dieses Konsumvereins ins Leben getreten. Jeder Genosse, welcher 60 Jahre alt ist, dem „Boocuit“ ununterbrochen 20 Jahre angehört und endlich wenigstens für 3000 Franc. Waaren in der Zeit (also durchschnittlich nur 150 Franc. im Jahr) entnommen hat, empfängt 120 Franc. Jahrespension. Hat er mehr Waaren entnommen, so erhöht sich die Rente im Verhältnis zu dem Mehrbezüge!

Verschiedenes.

Einer der sich's leisten kann. Der bekannte Millionär Morgan in Newyork hat dieser Tage Gemälde bekannter Maler für zirka eine Million Dollar erworben. Mit der jüngst von ihm erstandenen Gemälden hat Morgan innerhalb der letzten sechs Monate beinahe 2 1/2 Millionen Dollars für Gemälde ausgegeben.

Ein einziger Schuh — 6800 Mark! Ueber die Kosten des Moloch Militarismus unterrichtet wieder einmal eine Notiz, die sich in Köhlers „Deutscher Kaiserkalender“ befindet: Die Kosten eines Schusses mit dem neuesten von Krupp hergestellten Geschütz sind auf 6800 Mk. berechnet worden, wovon 2600 Mk. auf das Geschütz selbst, 760 Mk. auf die Pulverladung von 435 Kilogramm und 3440 Mk. auf die Abkühlung des Geschützes kommen. Die Herstellung eines solchen Geschützes kostet einschließlich der nicht unbedeutlichen Montagelosten 326 000 Mk. Mit dem 93. Schuh wird das Geschütz unbrauchbar! — Für die notwendigsten kulturellen Aufgaben ist kein Geld vorhanden.

Vom österreichischen Unterrichtsministerium sind für die zu errichtende Staatliche Kunstgalerie in Wien, in der ein eigenes Mataris-Zimmer hergestellt werden soll, Mataris „Kunst Sinne“ und ein Dedengemälde des Meisters angekauft worden.

Literatur.

Die Handelskrisis und die Gewerkschaften. Nebst Anhang: Gesekentwurf über den achtstündigen Normalarbeitsstag. Von Hartus-München, bei M. Ernst, Senefelderstr. 4. 64 Seiten Oktav. Preis 30 J.

Der Storch und andere Märchen für erwachsene Kinder. Von Karl Gwalb. Mit einem Titelbild von H. Stilling. Dresden, Druck und Verlag von Raben u. Co. 112 Seiten Großoktav. Preis 1 M. — Gwalbs Märchen haben nichts mit den Volksmärchen zu schaffen, wie wir sie aus den Sammlungen der Gebrüder Grimm und anderer kennen und lieben gelernt haben. Sie sind im Gegenteil sehr moderne Märchen. Ihr Verfasser kommt von der modernen Naturwissenschaft her. Er hat gemeint, das bunte, mannigfaltige Leben der Natur biete Stoff genug, aus dem man reichlich schöpfen könne, um die Phantasievorstellungen der Kinder zu bereichern. Er hat also Erscheinungen der Natur zum Gegenstand seiner Märchendichtung gemacht. Darum wird sein Märchenbuch hoffentlich überall gute Aufnahme finden.

Das Lübecker Parteitag-Protokoll ist von der Buchhandlung Vorwärts soeben ausgegeben worden. Es ist umfangreicher geworden als das aller früheren Parteitage: 320 Seiten. Preis 60 Pf. Ein ausführliches Sprech- und Sachregister erleichtert die Uebersicht. Das Protokoll wird zu den bedeutendsten Dokumenten in der Geschichte der Partei gehören, das jeder Parteigenosse besitzen sollte. Die Verfertigung erfolgt in der Reihenfolge der Bestellungen.

Briefkasten.

H-Darmstadt. Deinen Brief erhalten; wird bald verwendet werden. Gewiß ist weiteres gerne erwünscht. Besten Gruß!

Charlottenburg. Der Brief mit den Krankenscheinen kostete wieder 20 Pf. Straßporto. Warum wurden dieselben denn nicht, wie wir es in den mit voriger Nummer des „W.“ verhandelten Zirkularen bekannt gegeben, als „Geschaftspapier“ gefandt? Wir erlassen doch beratige Bekanntmachungen, damit sie auch befolgt werden!

Vereinstheil.

Bekanntmachung des Hauptvorstandes.

Wiederholt ist in verschiedenen Filialen den Ostern 1901 ausgerufen und innerhalb vier Wochen eingetretenen Kollegen die erste rote Reiselegitimation ausgestellt worden und zwar entgegen den Bestimmungen des Reglements für Reiseunterstützung. Wir

machen darauf aufmerksam, daß die erste rote Legitimation für diese Kollegen vom Hauptvorstand ausgestellt wird. Es darf also an diese keine Reiseunterstützung ausbezahlt werden. Die nicht die Beglaubigung im Mitgliedsbuche haben, daß sie zum Bezuge der Reiseunterstützung berechtigt sind.

Der Ersatzwahlen der Verwaltungen in Düsseldorf und Siegen werden hiermit bestätigt.

Duplikate wurden ausgestellt an die Kollegen Hermann Hagedorn, Buchn. 4804 und Heinrich Reichel, Buchn. 4328.

Das Mitglied Christian Raabe, Buchn. 33488 (Zahlstelle Leipzig), wird auf Grund des § 7 Abs. a ausgeschlossen.

Mit koll. Gruß Der Vorstand.

Duittung.

Vom 26. November bis 2. Dezember gingen bei der Hauptkasse ein: Kiel M. 300.—, Siegen 100.—, Berlin I 500.—, Essen 98.15, Neustadt (Orla) 1.90, Siegen 1.95, Buchn. 3833 2.60.

Buschüsse wurden abgeandt: Ravensburg M. 25.—, H. Wentker, Kassirer.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschlands.

(Eingetragene Kasse Nr. 71.)

Bericht des Hauptkassiers vom 24. bis 30. November 1901.

Ueberschüsse von den örtlichen Verwaltungen wurden eingesandt von Bielefeld-Berlin NW M. 300.—, Josa-Starkruhe in Baden 150.—, Hopfgarten-Weimar 80.—, Ehinger-Konstanz 40.—, Kraus-Starkruhe in Baden 60.—.

Buschüsse an die örtlichen Verwaltungen wurden abgeandt an Möbinger-Cölln a. Rh. M. 100.—, Luthies-Krönigsberg in Pr. 50.—, Hoog-Freiburg in Baden 200.—, Krause-Wilha 10.—.

Krankengelder erhielten Buchn. 14967, J. Mündel in Schmottseifen in Schlesien M. 12.90, Buchn. 2522 A. Wittkopf in Neu-Ruppin 12.90, Buchn. 41 A. Wolff in St. Andreasberg 25.80, Buchn. 9284 C. Grieben in Heddenich 12.90, Buchn. 9719 J. Kleinboff in Kirchhain in Hessen 12.90, Buchn. 16351 J. Tiedge in Fürstenwalde a. d. Spree 23.65.

In Adlershof bei Berlin ist eine Verwaltungskasse errichtet worden. Bevollmächtigter: B. Kother, Seelhorstraße 31 I; Kassirer: G. Grubel, Dadenbergstraße 8 I.

J. S. Busse, Hamburg-Uhlenhorst, Humboldtstr. 57.

Anzeigen.

Wer liefert sogenanntes Patent-Terpentinöl? (Terpentinölersatz) Gefl. Offerten befördert die Exped. ds. Bl.

Filiale Friedberg.

Den Kollegen zur Kenntnis, daß die Unterkassierer sowie Vertrauensleute der umliegenden Zahlstellen angewiesen sind, die Mitgliedsbücher betr. Kontrolle entgegenzunehmen. Gegen diejenigen Kollegen, welche sich dieser Anordnung nicht fügen, wird nach § 7, Abs. d des Statuts vorgegangen. M. 135 Der Vorstand.

Johann Thull

Malergehülfe aus Eriex, wird dringend gebeten, sofort seine Adresse an seinen Bruder Wilhelm Thull, Eriex, Maarestr. 57, zu senden. [M. 180]

Neu! Es erschien im Selbstverlage: Neu! Neue Holz- und Marmormalereien zum Selbstunterricht nach eigener Original-Methode.

I. Serie: „Neue Holzmalereien“, nur Mk. 20.— II. Serie: „Neue Marmormalereien“, nur Mk. 22.— erscheint bestimmt Ende Oktober 1901.

Hamburger Holz- und Marmor-Schule von Fr. Weiershausen, Hamburg, Lindenstr. 19. Beginn des Semesters 15. Oktober. Prospekt gratis.

Porenrollen à Paar Mk. 5.—

Soeben erschienen: Mod. Decken- und Wandskizzen von Gebr. Jordan, Stuttgart, 10 Tafeln nur 1.50 M., ferner Sander's Praxis, meistens farb. Tafeln, wirklich sehr schön, nur 3.50 M. Mod. farb. Dewalds wert. fast geschenkt, nur 6 M. statt 25 M. Bei größeren Aufträgen ein Dewalds wert. gratis. P. Steet, Nürnberg, Ob. Würthstr. 18.

MALERSCHULE HAMBURG v. WILH. SCHÖTZE, PROSP. GARTS ERSTE PRÜFE-MEDAILLEN

Ladewigs Bierstuben

Berlin S., Kommandantenstr. 65. Vorzügl. Weiss- und Bayrisches Bier Franz. Billard. — Telephon. Zahlstelle der „Freien Volksbühne“ Vereinszimmer für 40 Personen.

Winterarbeit! Lohnenden Nebenverdienst durch Freizeichnungen (Portraits in 3 Stunden) nur, wenn Sie mir das Original photographisch auf Zeichenpapier vergrößern lassen. Bruno Ochornal, Maler und Photograph, Ulrich a. Harz.

Medaillen. Schule I. Preise. für Dekorations-, Holz- und Marmormaler. Anerkannt tüchtige Spezial-Lehrer. Prosp. kostenl. durch Carl Nordmann, Hamburg-Eimsb.

Berliner Maler-Schule

für fachgemäße Ausbildung in Ornament, Blumen, Früchten, Stillleben, Emblemen, Figuren etc. etc. Ganz besonderes Augenmerk wird auf größte Praktik und einfachste Technik gelegt. Tagesunterricht vom 15. Oktober bis 15. März, per Semester 150 Mark. Meiner Maler-Schule sind mehrere Erste Preise, Silberne Ehrenmedaillen und viele Anerkennungen für meisterhaft ausgeführte Malereien zuerkannt worden. Prospekte der Malerschule gratis und franko.

Carl Lange & Co.,

Berlin SW., Gitschulstr. 94 a. Dekorationsmaler, Atelier für alle Skizzen u. Entwürfe.

Selbstunterricht in der Holzmalerei

150 Vorlagen, eine Spezialität in Natur-Farben-Druck, mit leicht fasslicher Anleitung, sind für den billigen Preis von nur M. 10.— zu beziehen von Aug. Dättemeyer, Maler, München, Skatstr. 11, IV. rechts. Maler können die Vertretung übernehmen!

Maler-Schule Buxtehude Juni 1901 auf deutschem Malerbundestag zu Danzig wird. I. Preis. Progr. fr. Dir. Eislerweg.

H. Th. Höppner, Pinsel-Fabrik GREIZ



Amoretten. Malvorlagen Blumen. — Landschaften. Fruchte etc. 20 Blatt M. 3.—, 40 Blatt M. 5.—, franko, naturgetreu. Heinr. Brühl, Hamm i. Westf., Karlstr. 5

Nachruf! Am 28. November starb plötzlich und unerwartet unser Kollege Herm. Ficker im Alter von 36 Jahren. Ehre seinem Andenken! M. 2.10] Zahlstelle Leipzig.

Der „Vereins-Anzeiger“ erscheint wöchentlich Freitag, für die Mitglieder der Vereinigung unentgeltlich. Im Abonnement kostet derselbe für Deutschland und Oesterreich 1.20 M. pro Exemplar, für das übrige Ausland 1.50 M., durch die Post bezogen 1.20 M. — Anzeigen kosten die Spaltweite ober deren Raum 30 J., Vereins-Anzeiger 15 J., die Spaltweite. Der „Vereins-Anzeiger“ ist im Postverzeichnis der Reichspost für 1901 unter Nr. 7508 eingetragen.

Der heutigen Nummer liegt die Nr. 48 des Korrespondenzblattes für die Bevollmächtigten und Vertrauensleute bei.

Berlag von H. Wentker, Hamburg. Für die Redaktion verantwortlich M. Mart, Hamburg. Druck von Fr. Meher, Hamburg-Eilbel, Friedenstraße 4.